

Positionspapier „Das krisenfeste Klassenzimmer“

Vorbemerkung

Die SPD in Baden-Württemberg hat bislang zwei Papiere zur Bewältigung der Corona-Pandemie an den Schulen vorgelegt: Den „Schutzschirm für Schülerinnen und Schüler“ im März 2021 und „Das krisenfeste Klassenzimmer“ im Juni 2020. Diese beiden Papiere haben wir nun, kurz vor den Sommerferien 2021, aktualisiert und neu sortiert.

„SCHUTZSCHIRM FÜR SCHÜLER*INNEN“

Nach sehr fordernden eineinhalb Schuljahren Pandemie mit digitalem Fernunterricht, Betreuungsstress und zu wenig sozialen Kontakten, erkennen wir langsam, wie gut oder wie schlecht Lernen unter diesen Bedingungen funktioniert hat. Wir sehen, welche Kompetenzen die Schüler*innen erworben haben und was sie tatsächlich gelernt haben. Eltern machen sich Sorgen, ob ihr Einsatz ausreichend war, ob ihre Kinder zu wenig Unterricht hatten und ob sie vielleicht den Anschluss verloren haben. Immer stärker tritt auch in den Vordergrund, dass der zeitweise Verlust an sozialen Kontakten – zu Klassenkamerad*innen, Gleichaltrigen, Freund*innen, Lehrkräften und vielen anderen Menschen aus Vereinen, Musikschulen und weiteren Ganztagesangeboten – ebenfalls Spuren hinterlässt. Im kommenden Schuljahr 2021/22 müssen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie die sozialen Aspekte von Schule stärker berücksichtigt werden.

Der noch vor den Sommerferien, im Juli 2021, zu verabschiedende Nachtragshaushalt zur Bewältigung der Corona-Pandemie bietet die Gelegenheit kurzfristige Maßnahmen zu finanzieren, die an den Schulen zu Beginn des neuen Schuljahres 2021/22 für Entlastung sorgen und eine Konzentration auf den Unterricht ermöglichen können.

Die im Herbst anstehenden regulären Haushaltsverhandlungen bieten darüber hinaus die Möglichkeit, kostenintensive mittel- und langfristige Maßnahmen für die Schulen zur Bewältigung der Corona-Pandemie anzugehen. Diese Möglichkeit muss auch im Sinne der Stärkung des sozialen Aspekts genutzt werden.

Lernstand erheben

Der Ausgangspunkt für alle Maßnahmen, die den Schüler*innen in den nächsten Monaten helfen sollen, ist die Erkenntnis, wo sie „stehen“. Es müssen nun die Lehrkräfte vor Ort den Lernstand ihrer Schüler*innen erheben. Das hat Vorteile, weil diese ihre Schüler*innen sicherlich am besten kennen. Das erfordert aber auch zusätzliche Zeit, zumal im Anschluss an die diese Erhebung gefördert werden muss. Hierfür muss die Kultusverwaltung Material zur Verfügung stellen, zur Erhebung sowie zur entsprechenden Förderung.

Die Lehrkräfte dürfen aber nicht dadurch belastet werden, dass Lernstände mehrfach erhoben werden, z.B. für die wieder aufgelegten „Lernbrücken“ und nach dem Start des neuen

Schuljahres noch einmal. Noch darf vergessen werden für die Förderung im Anschluss an die Erhebung Stunden zur Verfügung zu stellen.

Schulleitungen und Lehrkräfte durch mehr Zeit stärken

Die Schulleitungen müssen die Möglichkeit bekommen mit den vor Ort vorhandenen Ressourcen an Stunden und Lehrkräften die Förderbedarfe der Schüler*innen abzudecken,

- mit der Möglichkeit zur freien Ausgestaltung für Lernstandserhebung, Fördermaßnahmen etc. der Wochen bis zu den Herbstferien. In dieser Phase sind auch mindestens flexibel eine Woche zum sozialen Wiederankommen einzuplanen, wie z.B. Ausflüge.
- mit einer flexiblen Verteilung der Gesamtstundenzahl der Schule auf Fächer, die schwerpunktmäßig unterrichtet werden sollen,
- mit einer flächendeckenden Einführung von Coaching an allen Schularten und der individuellen Zuordnung von Schüler*innen zu Lehrkräften, die als Coaches arbeiten,
- mit der Zuweisung von Poolstunden für individuelle oder gruppenbezogene Fördermaßnahmen, z.B. Lernwerkstätten.
- Es darf auf keinen Fall zu Kürzungen im Ganztagesbereich bzw. zur Zurückstufung von Schulen zur Halbtagsschule kommen. Das belastet Eltern in einem unverhältnismäßigen Ausmaß und hat für sie Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Es müssen Angebote unterbreitet werden, die Anreize für Lehrkräfte schaffen, sich auf zeitlich begrenzte Mehrarbeit einzulassen. Denn trotz des generellen Lehrkräftemangels, gelingt es Schulen vereinzelt, dass z.B. Teilzeitlehrkräfte Stunden aufstocken können. Diese Initiativen, die sehr stark auf dem persönlichen Engagement von Lehrkräften und Schulleitungen basieren, dürfen nicht an der übergeordneten Schulverwaltung scheitern. Sinnvolle Mehrarbeitskonzepte und eine flexible Schulverwaltung sind notwendige strukturelle Veränderungen in unserer Schullandschaft.

10.000 Unterstützer*innen für unsere Schulen

Um die Wissens- und Kompetenzlücken der Schüler*innen aus den Corona-bedingten Schulschließungen aufzuholen, benötigen die Lehrkräfte in den kommenden Jahren mehr Unterstützung. Idealerweise durch mehr Lehrkräfte an den Schulen. Kurzfristig ist dies nicht umfassend zu erreichen. Mit den hier vorgeschlagenen Maßnahmen verbessern wir die bereits existierenden schulischen Unterstützungssysteme, geben den Schulen die Möglichkeit auf Coaching-Systeme zurückzugreifen und geben auch Lehramtsstudierenden die Perspektive auf ein gutes Arbeitsumfeld.

Hierzu zählen:

- Die Schaffung von 1.000 Lehrkräftestellen und den Ausbau von Lehramtsstudienplätzen über alle Schularten hinweg, aber insbesondere im sonderpädagogischen- und Grundschulbereich.

- eine Einstellungsoffensive für Pädagogische Assistent*innen mit ein bis zwei Stellen pro Schule in Abhängigkeit von Größe und Sozialraumstruktur der Schülerschaft
- der Ausbau weiterer Assistenzsysteme wie Coaching, Schulsozialarbeit und Schulpsychologie

Lernpartnerschaften aufbauen

Die Schulen etablieren dabei auf Dauer angelegte Partnerschaften mit Ehrenamtlichen. Studierende, die sich hierbei engagieren, soll eine Vergütung oder auch Credit Points für ihr Studium angeboten werden. Wir greifen hiermit eine Idee der Studie „Lehren aus der Pandemie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung auf. Das Programm „Bridge the Gap“ erfüllt in einem sehr kleinen und speziellen Umfang, was die SPD hier anregt. Es muss im neuen Schuljahr massiv ausgeweitet werden, sowohl in Bezug auf die Reichweite als auch auf das dafür anzuwerbende Personal.

Landesweites Lernunterstützungsprogramm auflegen

Die Schulen benötigen aufgrund einer mittel- bis langfristig herrschenden Knappheit an Lehrkräften zusätzlich Unterstützung von außen. Wir schlagen ein landesweites Lernunterstützungsprogramm von mindestens 130 Mio. Euro vor, mit dem Schulen dezentrale Budgets zur Beauftragung zertifizierter Nachhilfe- und Unterstützungsinstitutionen zur Verfügung haben. Dieses Programm kann bei rechtzeitiger Vorbereitung schon in den Sommerferien für Nachhilfe oder Brückenkurse genutzt werden. Ihre Wirksamkeit erhöht sich, wenn im Vorfeld eine individuelle Beurteilung der Schüler*innen durch die Lehrkräfte erfolgt ist und dringend angeraten wird – wenn nicht sogar verbindlich gemacht wird – die Kurse zu besuchen. Die Umsetzung erfolgt nach dem Vorbild des erfolgreichen und evaluierten Mannheimer Unterstützungssystem Schule (MAUS).

Ziel der meisten dieser Maßnahmen ist es, nicht nur den Lehrkräften, sondern auch den Schüler*innen mehr Zeit zu verschaffen. Zeit, die genutzt werden sollte, damit die sozialen Aspekte von Schule in der aktuellen Krise nicht zu kurz kommen. D.h. nicht jede freie gewordene Stunde muss in Deutsch, Mathematik oder Fremdsprache investiert werden, sondern vielleicht auch in gemeinsame Ausflüge.

Für viele dieser Maßnahmen ist die Bereitstellung von viel Geld notwendig. Die Bundesregierung hat insgesamt 2 Milliarden Euro für ein Programm „Aufholen“ aufgelegt. Wir erwarten, dass der für Baden-Württemberg vorgesehene Anteil von der Landesregierung mindestens verdoppelt wird. Darüber hinaus erwarten wir auch, dass mit den Landesmitteln ein besonderes Augenmerk auf weniger privilegierte Schüler*innen gelegt wird.

Es ist bedauerlich, dass die Landesregierung keine dieser Maßnahmen bisher angegangen ist oder umgesetzt hat. Angesichts der bereits verstrichenen Zeit hätten auch mittelfristige Maßnahmen bereits geplant und vorbereitet werden können.